

Interview mit Regula Rytz, Nationalrätin, Parteipräsidentin Grüne

«Der Deal ist ein Weg in die Sackgasse»

Der VPOD und die Grünen haben das Referendum gegen die Steuer-AHV-Vorlage STAF gestemmt und kämpfen fast allein gegen den Rest der Welt. Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen und VPOD-Mitglied, leistet Überzeugungsarbeit. | Interview: Christoph Schlatter (Foto: Béatrice Devènes [Porträt] und Søren/photocase.de)

VPOD-Magazin: Regula Rytz, ich weiss, dass es trotz der Parole auch in unserem Verband mancherorts Zweifel am Nein zu STAF gibt. Stell dir also vor, ich wäre ein VPOD-Mitglied aus dem Ja-Lager, das es umzustimmen gilt. Dieses Mitglied sagt zum Beispiel: Bei einem Nein kommen wir nicht voran mit der Ächtung der verpönten Steuerprivilegien. Die bleiben dann ja bestehen – und die Schweiz landet auf der schwarzen Liste der Steuersünder.

Regula Rytz: Wir haben bis 2021 Zeit und bleiben bis dahin, wo wir heute sind: auf der grauen Liste. Denn die Schweiz ist – aus OECD-Sicht – «too big to be listed», zu wichtig, als dass man die Verbindungen zum Finanzplatz so einfach kappen könnte. Aber selbstverständlich müssen wir diese ungleichen Steuerprivilegien so rasch als möglich entsorgen. Ein Nein zu STAF macht den Weg frei für eine Vorlage, die endlich umsetzt, was die Bevölkerung schon lange will: eine Korrektur der Steuerdumping-Politik, aber ohne Steuerausfälle. Das deutliche Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) wird ja mit der jetzigen Vorlage schlicht nicht respektiert. Niemand kann mir sagen,

wie Kantone und Gemeinden ein Loch von 2,1 Milliarden Franken stopfen wollen.

Aber STAF ist doch besser als die USR III. Die Dividendenbesteuerung auf Bundesebene wird erhöht, zum Beispiel.

Es gab einige Verbesserungen, richtig. Aber sogar Bürgerliche sprechen von «altem Wein in neuen Schläuchen». Auch der SGB hat die neuen Vorschläge von Ueli Maurer vor einem Jahr noch in die Pfanne gehauen. Jetzt, wo man die Vorlage mit einer AHV-Finanzspritze angereichert hat – im Wissen, dass sie sonst an der

Urne chancenlos ist –, soll das alles vergehen und vergessen sein? Es geht erneut um Steuerausfälle von über 2,1 Milliarden Franken. Und auch diese neue Vorlage heizt den unge-



Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin Grüne, VPOD-Mitglied.

sunden Steuerwettbewerb weiter an, sowohl innerhalb der Schweiz als auch international.

Die Senkung der Unternehmensgewinnsteuern geschieht auf der kantonalen Ebene und muss auch dort bekämpft werden, tönt es aus dem linken Ja-Lager.

Genau. Doch nur im Kanton Bern haben es Grüne, SP und Gewerkschaften letzten Herbst gemeinsam geschafft, eine schädliche Unternehmenssteuersenkung zu Fall zu bringen. Jetzt bleibt Bern bei seinen vergleichsweise hohen Unternehmenssteuern – und gerät zunehmend unter den Druck der Nachbarkantone. Solothurn will den Gewinnsteuersatz für

Unternehmen auf 13 Prozent senken – und wird also in die gleiche Falle laufen, in die schon Obwalden oder Luzern getreten sind. Am Ende der Tiefsteuer-Fahnenstange steht

die Feststellung, dass die Staatsausgaben nicht mehr finanzierbar sind. Man verordnet

Zwangsferien an den Schulen ...
... und man baut im Sozialbereich dramatisch ab.

Ebenso dramatisch ist, dass man die Steuern kaum mehr hochkriegt, wenn sie einmal im Keller sind. Aus Konkurrenzgründen gelte es, jetzt noch diese und jene und dann nochmals eine Durststrecke zu überwinden, flöten die Bürgerlichen. Dabei verfolgen sie eine knallharte Agenda: Rückbau der staatlichen Leistungen, Rückbau der Sozialausgaben, Rückbau des Service public. Damit waren sie lange sehr erfolgreich – bis zur USR III. Diese Abstimmung markiert eine Trendwende. Und darum ist es umso schlimmer, dass jetzt das gleiche Konzept nochmals in Geschenkverpackung vorgelegt wird.

Aber der Druck auf die kantonalen Unternehmenssteuern bleibt ja auch bei einem Nein zur STAF bestehen.

«Das deutliche Nein zur USR III wird mit der STAF-Vorlage nicht respektiert.»

Bern hat gezeigt: Wir können das aufhalten, wenn wir zusammenstehen. Bedenklich aber ist die neue Logik, wie sie vom Kanton Waadt vorgelebt wurde: die Koppelung von hohen Steuersenkungen mit sozialen «Akzeptanzförderungsmaßnahmen». Dabei kann man den gleichen Franken nur einmal ausgeben.

Das geht jetzt an die Adresse des neuen SGB-Präsidenten, der diese Politik als Regierungsrat verantwortet.

Die dahinterstehende Philosophie funktioniert nicht. Die Gemeinden im Kanton Waadt mussten für 2019 die Budgets kürzen und planen Steuererhöhungen für die

ganz normalen Leute. Das ist doch absurd!

Das ist ja genau die Politik der aktuellen Regierung Salvini/Di Maio in Italien. Sozialstaat auf Pump ...

..., was auf Dauer einfach nicht aufgehen kann. Auch im Tessin wurde eine Steuerentlastung für Unternehmen und Reiche mit mehr Geld für Kitas und Kinderzulagen versteuern nicht zahlen könnte. Sondern damit, dass es in Solothurn mit der geplanten Tiefsteuerstrategie einfach billiger wird. Dabei ist doch genug Geld vorhanden – genug für die Finanzierung eines Sozialstaats, der diesen Namen verdient, für die AHV, für eine gute Bildung, für Kultur, für öffentliche Infrastruktur. Allein in diesem Frühling werden in der Schweiz 100 Milliarden Franken an Dividenden ausgeschüttet. 100 Milliarden! 40 davon von SMI-Firmen. Von diesem Geld fließt ein grosser Teil ab an Aktionärinnen und Aktionäre im Ausland. Statt den Ertrag der Arbeit gerechter zu verteilen, verschärft die STAF die Ungleichheit.

Es gibt immerhin eine Bundesmilliarde, die den Kantonen bzw. den Kommunen zur Kompensation der Verluste zur Verfügung gestellt wird.

Hier muss man zuerst festhalten, wie ungleich dieses Geld verteilt wird. Jene Kantone, die beim Steuerdumping an vorderster Front mitmachen, werden belohnt. Das einwohnerstarke Bern bekommt gerade so viel wie der

Kanton Zug, wo man es mit der Ansiedelung von Statusgesellschaften besonders bunt getrieben hat. Nochmals: Ich kritisiere die Logik – oder besser Unlogik – hinter dieser Reform. Wenn die Unternehmensgewinne zunächst mit Sonderinstrumenten kleingerechnet und dann auch noch niedriger besteuert werden, dann führt das langfristig zu einer Erosion der Steuererträge. Und das können wir uns

einfach nicht leisten. Nochmals Solothurn als Beispiel: Dort werden heute 96 Prozent der Unternehmen normal besteuert. Und genau für sie will der Kanton jetzt den Steuersatz von 21

auf 13 Prozent senken. Dadurch entfallen 87 Millionen Franken an Steuereinnahmen – jedes Jahr. Nur um gegenüber dem Pharnasitz Basel konkurrenzfähig zu sein?

Kein Zweifel: Der Steuerwettbewerb ist schlimm und treibt üble Blüten. Aber jetzt geht es bei STAF ja auch um eine Finanzspritze an die AHV. Da gibt es zwei Haltungen.

Das hat mit Jeanne d'Arc nun wirklich gar nichts zu tun! Denn erstens zeigt die Verknüpfung mit der AHV-Finanzspritze ja deutlich, dass eine «nackte» Steuerreform wegen der Ausfälle bei Bund und Kantonen chancenlos

wäre. Und zweitens ist und bleibt der Deal ein Weg in die Sackgasse. Jetzt wird dekoriert und verziert und mit Schlagrahm garniert. Aber dass die AHV immer mehr in Schieflage gerät, hat den genau gleichen Grund wie der zunehmende Finanzbedarf der öffentlichen Hand in den Bereichen Gesundheit und Soziales – nämlich die demografische Entwicklung. Wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht, dann belastet das die AHV – und gleichzeitig brauchen wir mehr Heimplätze, mehr Spitex, mehr Pflege, mehr Betreuung, mehr EL. Da kann man unmöglich gleichzeitig in vielen Kantonen und Gemeinden die Steuern senken. Genau das ist aber die Folge der STAF.

Immerhin ergäbe sich bei der AHV auf diese Weise eine Verschnaufpause.

Der enorme Druck von roten Zahlen wird mindestens verzögert.

Stimmt. Ich habe deshalb im Parlament versucht, die Vorlagen aufzutrennen, sogar mit einem Vorschlag, der den Deal-Befürworterinnen und -Befürwortern weit entgegenkam: getrennt abstimmen, aber die Vorlagen verknüpft lassen. Dann wäre in der Abstimmung wenigstens klar geworden, wo die Bevölkerung steht. Aber eigentlich wissen wir es ja auch so: Wir stimmen im Mai über ein linkes Referendum gegen die Steuerreform ab; wir haben 55 000, die AHV-feindlichen Jungbürgerlichen nur lächerliche 5000 Unterschriften eingereicht. Hat das Parlament auch nur ein Minimum an Anstand, dann wird es nach einem Scheitern der STAF umgehend den AHV-Teil der Vorlage beschliessen. Das braucht nicht länger als ein paar Monate Zeit. **Du sprichst von diesem Parlament?**

You dream, du ...

Die AHV-Finanzspritze wird heute von CVP bis FDP über den grünen Klee gelobt. Das ist den Wahlen im Herbst zulegen, können wir

endlich wieder in die Offensive gehen. Wir müssen die Wahlen gewinnen, nicht Milliarden an Steuergeschenken verteilen!

Du hast im Nationalrat grundlegende Kritik

«Zwei Geschäfte ohne inhaltlichen Zusammenhang zu verknüpfen, halte ich für falsch.»

an solchen Multipack-Vorlagen geübt:

«Wenn es wirklich die neue Philosophie dieses Parlamentes ist, dass man alles irgendwie miteinander verknüpfen kann, dann haben wir ein grosses Problem, dann wird unsere Arbeit vollends unplanbar und chaotisch.» Wo verläuft denn die Grenze zwischen einem «anständigen» und einem «unhygienischen» Kompromiss?

Zwei Geschäfte zu verknüpfen, die inhaltlich keinen Zusammenhang haben, ist falsch. Kompromisse geht man innerhalb eines Gesetzes ein oder mindestens innerhalb des gleichen Themas. Die Verheiratung von sachfremden Geschäften ist eine Unsitte, die aus

der Logik der Macht geboren ist: Wer kann, darf alles. Eine Demokratie aber braucht verbindliche Regeln. Schliesslich wird auch von Volksinitiativen verlangt, dass sie die Einheit der Materie respektieren.

Wer viele Dinge in eine Vorlage verwurstet, schafft auch grössere Angriffsflächen und die Möglichkeit, dass sich Nein-Stimmen kumulieren. So wie bei der Altersreform 2020.

Genau. Nicht nur die Willensäusserung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird erschwert. Sondern auch die Interpretation des Ergebnisses. Klar, es gibt in den meisten Vorlagen Dinge, die einem gefallen, und anderes, das man eher ablehnt. Doch gerade in der Steuerpolitik war der Auftrag der Bevölkerung eindeutig: Eine soziale Gegenfinanzierung muss über diejenigen laufen, die von den Tiefsteuern profitieren. Also über Aktionäre und Unternehmen, die ja auch unsere Infrastruktur benützen und es schön finden, dass sie trotz der vielen Millionen, die sie besitzen, am Zürichsee ohne Leibwächter einen Kaffee trinken können. Wir dürfen diese Erregenschaften doch nicht zu einem Spottpreis verkaufen. Sie werden von Bauarbeitern und vom Pflegepersonal, von den ganz normalen Steuerzahlenden finanziert.

Aber liegt in diesem Trend zur Verknüpfung nicht auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit? Sogar eine Krise der direkten Demokratie?

Weil: Wenn ich dem Volk die Sachen einzeln gebe, sagt es Ja zu allem Schönen und Nein zu den damit verbundenen Zumutungen. Es zeigt sich doch, dass so etwas Komplexes wie die Altersvorsorge in unserem Politsystem fast nicht zu reformieren ist. Auch bei der Umweltpolitik ist man gern bei einer 2000-Watt-Gesellschaft und einer Senkung der Erderwärmung dabei, lehnt dann aber die schmerzhaften Massnahmen ab.

Ich sehe das vor allem als Ausdruck der verhärteten Situation, wie sie hier im Parlament seit den letzten Wahlen besteht. Es gelingen keine guten Kompromisse mehr. Es werden Vorlagen produziert, die überfrachtet sind. Andere sind haar- und zahnlos, wenn sie aus dem Parlament kommen. Solche gerupften Hühner überzeugen

dann niemanden mehr – und fallen durch. Wir brauchen also in diesem Wahlherbst dringend eine Korrektur.

Das sehe ich genau so. Dieses Parlament macht uns ja ungeheuer viel Arbeit, auch wenn wir nur die grössten Fehlentscheidungen per Referendum korrigieren.

Und die nächsten Angriffe sind schon in der Pipeline. Nach jeder Session eines oder zwei Referenden? Das ist für unsere Bewegungen

fast nicht mehr zu stemmen – auch finanziell, wenn wir uns dann im Abstimmungskampf den Millionen von Economiesuisse gegenübersehen. Nur wenn wir das Parlament im Herbst wieder nach links verschieben, wird es auch unter der Bundeskuppel wieder konstruktivere Arbeit geben, vernünftige Kompromisse, die im Volk auch ohne Deals mehrheitsfähig sind.

Unser VPOD-Mitglied kommt zurück zur Anfangsfrage: Wie weiter bei einem Nein zu STAF?

Die AHV-Finanzspritze kann rasch eingeführt werden, denn von den Grünen bis zur FDP unterstützen alle diese Sofortmassnahme. Und dann müssen die heutigen Steuerprivilegien ersatzlos entsorgt werden. Die Unternehmen brauchen Zeit für

«Nur wenn das Parlament im Herbst deutlich nach links rückt, wird konstruktive Politik wieder möglich.»

die Umstellung, und natürlich kann der Bund den Kantonen und Gemeinden auch unter die Arme greifen. Aber neue Bundesmittel müssen mit einer Untergrenze für den kantonalen Unternehmenssteuersatz verbunden sein – 16 oder noch besser 18 Prozent, sonst dreht die Steuerensenkungsspirale einfach weiter. Ich bin zuversichtlich, dass ein neues Parlament mit anderen Mehrheiten diese Kurve kriegt.

April 2019 13

Kostenseite - Auswirkungen: Was meist verschwiegen wird

Die besprochenen Steuerausfälle und die AHV-Spritze "vom Bund" erfordern letztlich zusätzliche Steuergelder/Lohnabgaben **von uns allen**. Das oft zitierte Pro-Argument "Dafür erhält die AHV..." ist keine Gegenfinanzierung, welche die Steuerausfälle von Unternehmen auffängt, sondern eine **zusätzliche AUSGABE der öffentlichen Hand!**

Wer zahlt das? Die Steuerzahler - die natürlichen Personen. Nach offiz. Schätzung soll es sich um einen Steuer-Ausfall resp. eine Mehrbelastung der öfftl. Hand von ca. 3.2 Mia Fr./Jahr (plus 0.8 Mia für Arbeitgeber) handeln.

2016 lebten in der Schweiz 3'303'800 Personen über 19 Jahre (Bundesamt f. Stat.). Demnach bewirkt die STAF rechnerisch eine durchschnittliche steuerliche Mehrbelastung pro Person von rund Fr. 960.- pro Jahr. Bei Familien mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern sind es dann Fr. 1'920.-/Jahr.

Ja sagen zu STAF bedeutet, massive Nachteile in Kauf zu nehmen zugunsten von Unternehmen, die gut verdienen!

Das geplante weitergehende gegenseitige Unterbieten der Kantone bei den Unternehmenssteuern wird zusätzlichen Druck auf die Haushalte machen oder zu massivem Leistungsabbau der Kantone führen. Der Kanton OW hat sich bereits in eine sehr missliebige Defizit-Situation gebracht, es ist nicht nötig, dass die andern Kantone diese Schuldbürgerei nachahmen!

Zur Sanierung der AHV:

Sie ist sehr wohl notwendig, aber in einer nachhaltigen Form, die entsprechend der demografischen Entwicklung alle Arbeitnehmenden und Firmen in Form von Lohnabgaben und alle Konsumentinnen in Form von MWSt-Zusatzprozenten belasten wird. Aber dann kann sie richtig umgesetzt werden, so dass jede Person ihren Teil beiträgt und das Sozialwerk auf festem Fundament steht.

Und dazu sollte das Volk in Bälde Ja sagen.